einer öffentlichen Erklärung begründet er diesen Schritt. Darin heißt es u. a.:

„Ich habe mich stets der Illusion hingegeben, innerhalb der SPD könne noch Neuordnung geschaffen und die Partei wieder revolutionär werden. Der heutige Kurs der SPD-Führerschaft trennt mich von diesen sozialistischen Arbeitern endgültig. Ich konnte es nicht mit meinem proletarischen Gewissen vereinbaren, noch länger einer bedenkenlos opportunistischen, arbeiterfeindlichen Partei anzugehören."

"Das ist die Antwort an die SPD und an Severing, der nach dem Zeugnis der „Frankfurter Zeitung" die Diktatur-Notverordnung ausgearbeitet hat. SPD-Arbeiter, die ihr diesen Verrat der SPD-Führerschaft erkannt habt, schließt euch uns an, reiht euch ein in die Kommunistische Partei.

•

Wir berichteten gestern kurz über den Verlauf der Funktionärkonferenz der Dresdner SAJ. Aus dem uns übermittelten Bericht eines oppositionellen Jungsozialisten tragen wir heute folgendes nach:

Die starke Spannung zwischen Vorstand und oppositioneller Mitgliedschaft und der SPD fand auch in dieser Versammlung ihren Ausdruck. Wenn viele von uns auch noch Illusionen über die Möglichkeit der „Reformierung" der SPD haben, so werden gerade solche Referate, wie das Ollenhauers, und der ganze Verlauf einer solchen Versammlung diese Illusionen erledigen.

Der bei allen ehrlichen jungen Sozialisten verhaßte Erich **Ollenhauer, der 1. Vorsitzende der SAJ,** gab sich die redlichste Mühe, uns plausibel zu machen, an dem Zustrom der Jungerwerbslosen zur KPD sei nicht etwa die SPD und ihre Politik schuld, sondern unsere „ungenügende Vertretung der SPD-Politik" bei den jungen Arbeitern. Es müsse festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl SAJ-Genossen, einzeln und teilweise sogar ganze Gruppen, geschlossen zum KJVD übergegangen seien. Auch für uns war das Eingeständnis interessant, daß bei der letzten Reichstagswahl die Agitation und Propaganda der KPD besonders geschickt auf die Gewinnung junger Arbeiter eingestellt gewesen sei. Mit Kopfschütteln wurde die Mitteilung Ollenhauers aufgenommen, die SAJ habe noch 56 000 Mitglieder. Uns ist bekannt, daß wir nur noch über 30 000 verfügen. O. betonte, daß die Jugend keine politische Schulung wolle, sondern Allgemeinbildung und Unterhaltung in der SAJ suche. Er verlangte bedingungslose Unterordnung unter die Instanzen und erklärte: „Die SAJ ist entweder für die Partei oder sie hat ihre geschichtliche Existenzberechtigung verloren." Der „Beifall", der diesem Referat folgte, war so stark, daß man das Fallen einer Stecknadel hätte hören können.

Lebendiger wurde es, als die Diskussion einsetzte. Ein Neu-Rädder Genosse, der bereits früher vom Dresdner Vorstand verwarnt worden war, weil er sich mit den Genossen der KJ über die Fragen der Einheitsfront unterhalten (dabei gar nicht mit ihnen einverstanden war) und Diskussionsabende darüber in seiner Gruppe angesetzt hatte, wandte sich scharf gegen die Panzerkreuzerpolitik der SPD und die Lohnraubzustimmung der freien Gewerkschaften. Er erklärte, daß die Politik der Partei mit dem marxistischen Programm nicht mehr vereinbar sei.

Die Gesamtstimmung war so stark gegen die Parteilinie eingestellt, daß der Vorsitzende der Dresdner SAJ, Liebermann, ausdrücklich erklären mußte, die Haltung der Partei entspreche nicht den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes. Sehr raffiniert trat wieder Helmut Wagner auf, der sehr radikal sprach und u. a. folgendes wörtlich erklärte:

„Die Partei- und SAJ-Führung gibt durch ihre bisherigen Handlungen zu erkennen, daß sie nicht mehr in der Lage ist, das Proletariat im Kampf zu führen."

Aber Wagner ist und bleibt Stangenhalter für den Vorstand; denn er brachte es zum Schluß seiner radikalen Rede fertig, in gemeinster Weise den KJVD zu beschimpfen, indem er erklärte: Die Taktik der Kommunisten sei „die Politik der verschätzten Flegeljahre".

Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es, als Ollenhauer gezwungen wurde, in einer Erklärung die Haltung Prof. Sinzheimers beim Schmraub an den Berliner Metallarbeitern zu verteidigen. Auf die Forderung des ersten Diskussionsredners, die Jugend wolle dem Klassenkampf dienen, erklärte O., das sei leeres Gerede; sie habe der SPD zu dienen und niemand anderem. Er mußte sich darauf von dem Diskussionsredner Hartmann sagen lassen, daß er ja nur von Sekretären, aber nicht von den Vertretern der Jugend gewählt sei. Das Schlußwort Ollenhauers fand zeitweise so stürmischen Widerspruch, daß man kaum noch ein Wort verstehen konnte. Auf jeden Fall sind wir durch diese Versammlung in unserer Ueberzeugung bestärkt worden, daß, wenn wir auch noch nicht in allen Fragen die Haltung der Kommunisten verstehen, uns viel mehr mit euch verbindet als mit uns Ollenhauer verbunden fühlen.

•

Wir haben absichtlich auch den Schlußteil dieses Berichtes wörtlich gebracht, um den Genossen der SAJ, die in ehrlicher Empörung über ihre Partei den Weg zur roten Einheitsfront suchen, deutlich zu zeigen, daß wir bereit sind, mit ihnen über alle Dinge und Fragen, die sie bewegen, zu diskutieren, gerade weil die Kommunistische Partei die Aufgabe der Führung und Organisierung der roten Einheitsfront im Kampf gegen den von der SPD geförderten Faschismus übernommen hat. Die Spalter unseres Klassen haben auch politisch jedem ehrlichen jungen Proletarier der SPD zur Führung dieser Auseinandersetzungen offen.

Sammelt für den antifaschistischen Kampffonds!

RGO-Sieg im Kraftwerk Böhlen

Auf dem Großkraftwerk Böhlen erhielt die erstmalig aufgestellte rote Einheitsliste 301, die SPD-Liste 460 und die Werkvereinsliste 134 Stimmen.

•

Bei der Textilfirma C. G. Schön in Werdau wurde nur eine rote Liste aufgestellt; die Reformisten brachten keine zustande.

•

In der Patent-Rotzhaar-Weberei Hainichen erhielt die erstmalig aufgestellte rote Einheitsliste 27, die SPD 86 Stimmen.

•

Die zum erstenmal aufgestellte rote Einheitsliste in der Kammgarnspinnerei Hainichen erhielt 43 gegen 97 SPD-Stimmen.

Verbote über Verbote zum Jugendtag!

Frick und Franzen mit Grzesinski Arm in Arm

Der nationalsozialistische Braunschweiger Innenminister Franzen hat, dem Vorbild Grzesinski folgend, sämtliche Demonstrationen und Gesinnungskundgebungen zum Reichsjugendtag verboten.

Ebenso hat der thüringische Innenminister Frick die Kundgebungen und Veranstaltungen in Jena und Gera verboten.

Sozialdemokratische und nationalsozialistische Polizeipräsidenten und Minister verhängen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Bewegung, das ist der Sinn der Diktaturverordnung der Brüning-Severing.

Ausweisung des Sowjethandelsvertreters aus USA!

Die mit einem Polizeiheer von Brünings SPD-Grzesinski aufgelöste Jugendweihe in Berlin

Verschärfte Klassenjustiz gegen KPD

Das Klassengericht erklärt: Revolutionäre Agitation ist anormale Neigung!

Kottbus, 2. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Dieser Tage fand vor dem Landgericht Kottbus die Berufungsverhandlung gegen den Spielleiter des „Roten Sprachrohr", Magis Valentin, statt, der vom Senftenberger Schöffengericht (wie wir seinerzeit berichteten) zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Das Gericht ging noch über das Urteil der 1. Instanz hinaus und verurteilte Valentin zu 9 Monaten Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe! Die Forderung des Rechtsanwalts Dr. Apfel, der am Erscheinen verhindert war, auf Vertagung der Verhandlung wurde vom Gericht, ebenso wie die Vereidigung der Entlastungszeugen, abgelehnt. Fast noch empörender als dieses skandalöse Terrorurteil ist die Begründung durch das Gericht: Der Angeklagte verfüge über eine anormale Neigung; denn sonst hätte er nicht seine bürgerliche Karriere aufgegeben, um sich der KPD anzuschließen! Das tue kein normaler Mensch! **Diese anormale Neigung führe den Angeklagten auf Abwege, die Agitation und Propaganda heißen.** Diese frech Beschimpfung der KPD und ihrer Anhänger bezeugt die politische Einstellung der Klassenjustiz mit aller Deutlichkeit. Alle Kulturorganisationen des klassenbewußten Proletariats werden gegen dieses Terrorurteil, mit dem die Agitproptruppen-Bewegung getroffen werden soll, schärfsten Protest erheben.

Frick zurücktreten!

Wirklicher Kampf gegen den Faschismus nur unter Führung der KPD

Weimar, 2. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern standen im thüringer Landtag die Mißtrauensanträge der SPD-Fraktion gegen den Nazi-Minister Frick und den Staatsrat Marschler zur Debatte. (Die KPD kann keine selbständigen Mißtrauensanträge einbringen, da nach der Verfassung ein Drittel der Abgeordneten des Landtages dazu notwendig sind.) Der Verlauf der Sitzung war äußerst stürmisch. Die Abstimmung ergab **Annahme der beiden Mißtrauensanträge mit 29 gegen 22 Stimmen.** Dafür stimmten die KPD, die SPD, die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei. Dagegen stimmten die Nazis, der Landbund, die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen. Nach der thüringer Verfassung mußten beide nationalsozialistischen Regierungsmitglieder sofort nach Annahme der Anträge zurücktreten. Die Ergänzung der Regierung steht auf der Tagesordnung. Sie müßte in der ersten Sitzung nach den Osterferien erfolgen. Nach der Abstimmung gab der Vertreter **der Deutschnationalen** eine Erklärung ab, daß sie sich **mit den Nazis solidarisch erklären** und ihr Regierungsmitglied Kien gleichfalls aus der Regierung zurückziehen. Die Arbeiterschaft muß sich darüber im klaren sein, daß mit dem Sturz von Frick allein kein politischer Kurswechsel eintritt, sondern daß nur durch **organisierten Massenkampf unter Führung der KPD,** durch Kampf gegen die Brüning-Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen Nazipartei und SPD-Führer der Faschismus niedergerungen werden wird.

Ausweisung des Sowjethandelsvertreters aus USA

Berlin, den 2. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie die Vossische Zeitung gestern aus New York meldet, ist **der Generaldirektor Feodor Zivotsen der russischen Handelsvertretung in den Vereinigten Staaten, der Amtorg-Trading-Kooperation, vom Washingtoner Staatsministerium** aufgefordert worden **Amerika sofort zu verlassen,** da die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung nicht genehmigt wurde. Sollte sich diese Meldung bestätigen, so bedeutet sie eine **außerordentliche Verschärfung der vom imperialistischen Amerika mit blindem Haß geschürten Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.** Die Ausweisung des Genossen Zivotsen kommt einer Provokation gleich, umsomehr, als der Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats auf Grund des Berichts der berüchtigten Fish-Kommission den Genossen Zivotsen, ohne jemals auch nur die Spur eines Beweises dafür erbracht zu haben, bolschewistischer Umsturzpläne in Amerika beschuldigt. Die Ausweisung des Sowjethandelsvertreters aus Amerika ist der erste Schritt zum Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

•

Der bekannte Antibolschewist Georg Cleiner hielt am Sonnabend in Dresden im Verein Deutscher Eisen- und Metallindustrieller, Mitteldeutsche Gruppe, einen „Vortrag" über die UdSSR. Cleiner gab, freilich in antibolschewistischen Redewendungen, zu, daß die UdSSR ihren ganzen inneren Markt mit Eisenfertigprodukten versorgen und nach China, Persien usw. Fertigprodukte und Rohstoffe exportieren kann. Cleiner erklärte zwiespältig, er tue nicht ab, russische Aufträge anzunehmen, aber „warte" vor Verlängerung der Kredite an die UdSSR. Ebenso doppelzüngig sagte er, einerseits: „Das Sowjetsystem ..., müsste fortwährend Wasserstoffe in den Strudel seines Untergangs ziehen, wenn Westeuropa sich einfallen ließe, mit kriegerischer Hand gegen Rußland zu marschieren" und trat andererseits für die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen von 1914 ein, außer bei „entsprechenden Kompensationen". Daß die Metallindustriellen, Mitteldeutsche Gruppe, Kl. Cl. halten, kennzeichnet ihre antibolschewistische nach außen Verschleierung und innere klare Einstellung in den Kriegsring gegen die sozialistische Sowjetunion.

Kampf gegen Ausschluß Gen. Friebels!

16. Vertreter-Versammlung des Konsumvereins Dresden

Morgen findet die 16. Vertreterversammlung des Konsumvereins Vorwärts Dresden im Reichsbanner statt, die sich mit dem Ergebnis der Genossenschaftspolitik seit der letzten Vertreterversammlung zu beschäftigen hat. Die Bürokratie wird es schwer haben, ihre Stellung zu den Grundfragen der Genossenschaft vor den Mitgliedern zu rechtfertigen.

Die genossenschaftsfeindlichen Maßnahmen der Brüning-Diktatur und deren sächsische Filiale Schieck wurde von der reformistischen SPD hingenommen als etwas Gegebenes. Kein Wort der Kritik seitens der reformistischen Genossenschaftsführer, insbesondere keine Massenaktion gegen den schamlosen Zoll-, Steuer- und Gebührenschandal wurde organisiert. Statt dessen ein wütender Kampf gegen die oppositionellen Genossenschaftsfunktionäre, die unter großen Opfern, unter Einsatz ihrer ganzen Person den Massenkampf der Genossenschafter gegen die verbraucherfeindlichen faschistischen Diktaturmaßnahmen organisieren. Am lebendigsten wird diese Haltung der Bürokratie, die notwendig zur Zerstörung der Genossenschaft führen muß, durch den

Ausschluß des Genossen Friebel

charakterisiert. Anfang Februar sprach der Genosse F. auf Ausschluß der Mitglieder in einer Verkaufsstellenversammlung.

In diesen Versammlungen hat der Genosse F. u. a. erklärt:

Die Preispolitik des KV ist nicht führend, sondern hinkt hinter dem der Privathändler her. Weiter verurteilte er, daß der Vorstand in der Arbeiterschaft die Illusion des Preisabbaus [illegible] stützte.

Er kritisierte das sogenannte „Notopfer" des Vorstandes, das Lohnabzüge bei den unteren Angestellten mit 80 Mark Monatsgehalt vorsieht und verlangte dafür Abbau der Gehälter der Vorstände, Sekretäre und Außenbeamte um 50 Prozent.

Darüber hinaus forderte er Anteilnahme der Genossenschaft an den politischen Kämpfen der Arbeiterschaft und Erwerbslosen, Unterstützung der Arbeiterkampfe. Breiteste Demokratie innerhalb der Genossenschaft, z. B. Verhältniswahl zu Vertreterversammlungen und Genossenschaftstagungen.

Da auf der 15. ordentlichen Vertreterversammlung auch die Lage des Halleschen KV besprochen wurde, war es notwendig, auch in den Verteilungsstellenversammlungen dazu einiges zu sagen: Der KV Halle mit 22 000 Mitgliedern wurde ausgeschlossen und von der GEG und von der sozialdemokratischen Bürokratie zu Grunde gerichtet, weil der Konsumverein seine Aufgaben dem Proletariat gegenüber erfüllte und 2. weil sich die Mitgliedschaft einen Vorstand wählte, der den Zentralverbandsinstanzen nicht angenehm war. Die Zentralverbandsinstanzen mit den Sozialdemokraten organisierten darauf den Käuferstreik, Kündigung der Mitgliedschaft und Darlehns- und Hypothekensperre. Ja, man scheute nicht davor zurück, in Halle einen sozialdemokratischen Konsumverein mit 2 Verkaufsstellen zu gründen und fand dabei den **Beifall des Zentralverbandes.** Diese angeführten Tatsachen werden von den reformistischen Genossenschaftsführern entstellt veröffentlicht, man versucht damit die Opposition zu erledigen.

Verlangt von euren Vertretern die Einberufung von Verteilungsstellenversammlungen, wo sie es ablehnen, organisiert öffentliche Genossenschaftsversammlungen. Protestiert in allen Arbeiterversammlungen gegen die Ausschlüsse oppositioneller Genossenschaftsmitglieder, damit legt ihr den sozialdemokratischen Spaltern das Handwerk am besten. Auf den Hinauswurf eines oppositionellen Genossenschafters müssen sich hunderte anderer oppositioneller Genossenschafter in die Kampffront einreihen.

Bitz a. d. Lahn, 1. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Ein hiesiger Arzt ist wegen Verstoßes gegen § 218 in Untersuchungshaft genommen worden. Der Bevölkerung des kleinen Dorfes hat sich eine große Erregung bemächtigt.

28 000 Maiplaketten, 35 000 Mainelken

sind bis jetzt schon beim Bezirk bestellt worden. An dieser Zahl sind aber nur ein Fünftel aller Ortsgruppen beteiligt. *Vier Fünftel aller Ortsgruppen* haben bisher ihre Bestellung noch nicht eingegeben. Genosse Ortsgruppenleiter! Ist deine Gruppe auch dabei?